

Abstimmung vom 24.9.2000

Polarisierung zwischen links und rechts bei der Einwanderungspolitik

**Abgelehnt: Volksinitiative «für eine Regelung der
Zuwanderung»**

Roswitha Dubach

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Dubach, Roswitha (2010): Polarisierung zwischen links und rechts bei der Einwanderungspolitik. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 593–595.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Die Volksinitiative «für eine Regelung der Zuwanderung» wird 1994 von einem rechtsbürgerlichen Komitee lanciert und 1995 eingereicht. Konkreter Anlass ist der seit Anfang der 1990er-Jahre wieder kontinuierlich wachsende Ausländeranteil (1991 beträgt er 17,1%, 1994 liegt er bei 18,6%) in der Bevölkerung. Die Initiative steht in der Tradition der in den 1970er- und 1980er-Jahren regelmässig eingereichten «Überfremdungsinitiativen», deren Initianten den Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz als zu hoch erachten und dadurch die «schweizerische Eigenart» bedroht sehen; als Lösung der «Ausländerfrage» streben sie vorab eine zahlenmässige Begrenzung der ausländischen Bevölkerung an (vgl. Vorlagen 220, 242, 265, 266, 305, 310, 355).

Der Bundesrat beantragt dem Parlament in seiner Botschaft von 1997, die Initiative Volk und Ständen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Beide Räte folgen dem Bundesrat ohne lange Diskussionen beinahe einhellig, der Nationalrat mit 130 zu 19, der Ständerat einstimmig. Die grosse Mehrheit der Räte ist wie der Bundesrat der Meinung, die Initiative sei nicht praktikabel. Sie löse die Probleme der Ausländer- und Flüchtlingspolitik nicht, schade der Wirtschaft und gefährde die Beziehungen mit dem Ausland.

GEGENSTAND

Die auch als «18-Prozent-Initiative» bekannte Initiative verlangt, dass der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung der Schweiz höchstens 18% der Gesamtbevölkerung betragen darf. Dabei müssen auch Asylsuchende sowie vorläufig Aufgenommene und Kriegsflüchtlinge, die seit mehr als einem Jahr in der Schweiz sind, in die Berechnung einbezogen werden. Nicht eingerechnet werden hingegen qualifizierte Wissenschaftler, Führungskräfte, Künstler, Schüler und Studenten.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Die Japarole geben die SD, die FP, die EDU und die Lega dei Ticinesi aus. Die SVP ist gespalten. Die SVP-Frauen und die SVP-Schweiz geben die Japarole aus – entgegen dem Antrag der Parteileitung. Abweichend zur SVP-Schweiz geben 11 Kantonalparteien die Neinparole aus. Alle anderen Parteien sowie alle Dachverbände lehnen die Initiative ab.

Das breit abgestützte gegnerische Komitee argumentiert, die Initiative laufe den wirtschaftlichen Interessen der Schweiz diametral entgegen. Da die Entwicklung der Asylgesuche und des Familiennachzuges nur beschränkt beeinflussbar sei, zwängen entsprechende Zunahmen in diesen Bereichen zu einschneidenden Massnahmen im steuerbaren Bereich des Arbeitsmarktes, sprich zu möglicherweise massiven Zulassungsbeschränkungen von Jahresaufenthaltern. Ferner torpediere die Annahme der Initiative das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU. SP, Grüne, Gewerkschaften und einzelne Abgeordnete der CVP gründen später noch ein zweites, nicht wirtschaftlich argumentierendes Gegenkomitee. Unter dem Titel «Appell für eine tolerante Schweiz» argumentiert es mit humanitären Slogans – Achtung der Menschenrechte, Integration und

erleichterte Einbürgerung bildeten die Ziele der schweizerischen Ausländerpolitik – gegen die Initiative.

Die Initianten betonen die starke, nämlich 30%ige Zunahme der ausländischen Bevölkerung im Verlaufe der 1990er-Jahre. Die laufende Revision des Ausländergesetzes bringe keine Stabilisierung des Ausländeranteils. Sie schüren Fremdenängste; 18% Ausländerinnen und Ausländer seien genug. Ein noch höherer Ausländeranteil führe dazu, dass Schweizerinnen und Schweizer zu Fremden im eigenen Land würden.

ERGEBNIS

Bei einer relativ hohen Stimmbeteiligung von 45,3% wird die Initiative mit 63,8 % Neinstimmen und in allen Kantonen deutlich abgelehnt; am knappsten im Kanton Schwyz mit 51,6%, gefolgt vom Kanton Aargau mit 52,5% Neinstimmen. Am deutlichsten verwerfen die Kantone Genf und Waadt mit rund 76% Neinstimmen. Ganz allgemein wird die Initiative in der Romandie stärker abgelehnt als in der Deutschschweiz.

Gemäss Abstimmungsanalyse unterstützten zwei Drittel der SVP-Sympathisantinnen und -Sympathisanten und je ein Drittel der Anhängerschaft der anderen bürgerlichen Bundesratsparteien die Initiative. Bei der SP lag die Zustimmung bei 12%. Verglichen mit Ergebnissen früherer Abstimmungen zur Einwanderungspolitik, lässt sich eine zunehmende Polarisierung zwischen links und rechts nachzeichnen. Bei früheren «Überfremdungsinitiativen» in den 1970er- und 1980er-Jahren lagen die Ja-Stimmenanteile von Sympathisierenden der SVP jeweils im Durchschnitt der anderen Parteien, oft sogar leicht darunter. Das Gleiche gilt umgekehrt für die SP. Noch 1988 hatten 36% der SP-Anhängerinnen und -Anhänger der Initiative «für die Begrenzung der Einwanderung» zugestimmt, ein Anteil, der leicht über dem Durchschnitt lag (vgl. Vorlage 355).

QUELLEN

BBI 1997 IV 521; BBI 1999 2565. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1994–2000: Sozialpolitik – Soziale Gruppen – Ausländerpolitik. Vox Nr. 71.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.